

Volksbefreiungsarmee (VBA) vorge-
nommen. Bisher wurden folgende
Veränderungen bekannt und in den of-
fiziellen Medien bestätigt:

Generalstab

Neuer Generalstabschef:

Zhang Wannian (1928), bisher Kom-
mandeur der Militärregion Ji'nan,
seit 5/90

* Vorgänger: Chi Haotian (1929), seit
11/87, künftig wahrscheinlich Ver-
teidigungsminister

Neue stellvertretende Generalstabs-
chefs:

- Li Jing (1930), bisher stellvertreten-
der Kommandeur der VBA-Marine,
seit 1/83

- Cao Gangchuan, bisher Abteilungs-
direktor im Generalstab, seit 8/90

Zentrale Politische Abteilung

Neuer Direktor:

Yu Yongbo (1931), bisher stellvertre-
tender Direktor, seit 12/89

* Vorgänger: Yang Baibing (1920), seit
11/87, jetzt weitgehend entmachtet

Zentrale Logistikabteilung

Neuer Direktor:

Fu Quanyou (1930), bisher Komman-
deur der Militärregion Lanzhou, seit
5/90

* Vorgänger: Zhao Nanqi (1926), seit
11/87

Luftwaffe

Neuer Kommandeur:

Cao Shuangming (1929), bisher stell-
vertretender Kommandeur der Militär-
region Shenyang und Kommandeur
der dort stationierten Luftwaffenver-
bände, seit 12/88

* Vorgänger: Wang Hai (1925), seit
7/85

Neuer Politikommissar:

Ding Wenchang (1933), bisher Direk-
tor der politischen Abteilung der Luft-
waffe, seit 10/88

* Vorgänger: Zhu Guang, seit 7/85

Militärstaatsanwaltschaft

Neuer Leiter:

Liu Baochen

* Vorgänger: Li Yijun, seit 6/90

Militärakademie

Neuer Präsident:

Zhao Nanqi (1926), bisher Direktor
der Zentralen Logistikabteilung, seit
11/87

* Vorgänger: Jiang Shunxue, seit 7/90

Verteidigungsuniversität

Neuer Präsident:

Zhu Dunfa (1927), bisher Komman-
deur der Militärregion Guangzhou, seit
5/90

* Vorgänger: Zhang Zhen (1914), jetzt
stellvertretender Vorsitzender der
ZK-Militärkommission

Militärregion Guangzhou

Neuer Kommandeur:

Li Xilin (1930), bisher stellvertretender
Kommandeur der Militärregion
Guangzhou, seit 5/90

* Vorgänger: Zhu Dunfa (1927), seit
5/90, jetzt Präsident der Verteidi-
gungsuniversität

Militärbezirk Hainan

Neuer Kommandeur:

Zhang Zhiqing

* Vorgänger: Xiao Xuchu, seit 8/90

Militärregion Ji'nan

Neuer Kommandeur:

Zhang Taiheng (1931), bisher stellver-
tretender Kommandeur der Militärre-
gion Nanjing, seit 5/92

* Vorgänger: Zhang Wannian (1928),
seit 5/90, jetzt Generalstabschef

In den kommenden Wochen dürften
noch weitere personelle Veränderun-
gen im militärischen Bereich vorge-
nommen werden, da mit einem ähnlich
umfangreichen Revirement gerechnet
werden kann wie nach der blutigen
Niederschlagung der Protestbewegung
im Juni 1989. -sch-

*(9)

Neuer Direktor der "Volkszeitung"

Der bisherige Direktor der *Volkszei-
tung* Gao Di ist von seinem Amt ent-
bunden worden und soll durch den
bisherigen Chefredakteur des ZK-Or-
gans Shao Huaze ersetzt werden. Dies
berichtete die Hongkonger Tageszei-
tung *Jingji Ribao* am 5. November 1992
(nach SWB, 9.11.92). Gao Di war von
Deng Xiaoping zu Beginn dieses Jah-
res wegen orthodoxer linker Tenden-
zen namentlich kritisiert und im Okto-
ber 1992 nicht wieder ins ZK der
KPCh gewählt worden. Sein Nachfol-
ger Shao Huaze, im Oktober 1992 zum
ersten Mal ins ZK gewählt, ist freilich
kaum liberaler: Der frühere Propa-
gandachef der VBA war kurz nach der
blutigen Niederschlagung der Protest-
bewegung zusammen mit Gao Di an
die Spitze der *Volkszeitung* plaziert
worden, um das KPCh-Flaggschiff
wieder auf richtigen Kurs zu bringen.
-sch-

*(10)

Neue Zahlen zur Bevölkerungspla-
nung

Peng Peiyun, die Vorsitzende der
Staatlichen Kommission für Familien-
planung, gab vor kurzem die neuesten
Zahlen für die Bevölkerungsplanung
bis zur Mitte des nächsten Jahrhun-
derts bekannt. Danach soll die Ge-
samtbevölkerung Chinas bis zum Ende
dieses Jahrhunderts nicht mehr als
1,294 Mrd. umfassen. Bis zum Jahr
2021, dem 100. Gründungsjahr der
KPCh, soll die Bevölkerung bei 1,45
Mrd. und bis zum Jahr 2049, dem 100.
Gründungsjahr der Volksrepublik, bei
1,6 Mrd. stehen. Danach soll die Be-
völkerung nicht weiter anwachsen. Um
diesen Plan zu realisieren, so Frau
Peng, müsse die natürliche Zuwachsra-
te der Bevölkerung pro Jahr auf 12,5
Promille beschränkt werden und nach
der Jahrhundertwende weiter auf 10,0
Promille. (RMRB, 21.11.92)

Mit der Bekanntgabe dieser Zahlen ist
jetzt auch offiziell die ursprünglich
(d.h. in den siebziger Jahren) vorgese-
hene Zielgröße von 1,2 Mrd. bis zum
Jahr 2000 vom Tisch. Bei der Planung
bleibt man aber geflissentlich unter der
1,3-Mrd.-Marke, die von Bevölke-
rungsexperten schon lange für das Jahr
2000 angenommen wird. Heute ist sehr
fraglich, ob bis zur Jahrhundertwende
die 1,3-Mrd.-Grenze nicht überschrit-
ten sein wird. -st-

Kultur

*(11)

Bedeutung von Wissenschaft und Bil-
dung für wirtschaftliche Entwicklung

Auf der 28.Sitzung des Ständigen Aus-
schusses des VII. NVK wurde am
7.11.92 über die Interdependenz von
wirtschaftlicher Entwicklung auf der
einen und Wissenschaft/Technik und
Bildung auf der anderen Seite disku-
tiert (vgl. RMRB, 8.11.92). Bedeutsam
ist, daß dabei dem Bildungswesen die
gleiche Priorität beigemessen wurde
wie der Wissenschaft und Technik.
Ausgehend von Deng Xiaopings 1978
geäußelter Auffassung, daß Wissen-
schaft und Technik die wichtigste Pro-
duktivkraft darstellten, hatten Chinas
Politiker bislang immer einseitig die
Förderung von Wissenschaft und

Technik als Voraussetzung für die Steigerung der Wirtschaftskraft betont. Zwar ist seit Beginn der Reformperiode immer wieder die Notwendigkeit einer stärkeren Förderung des Erziehungswesens hervorgehoben worden; auch hat der Staat die dafür erforderlichen gesetzlichen Rahmenvorschriften erlassen (beispielsweise, daß die Bildungsetats pro Jahr stärker als alle anderen Etats anzuheben seien). Doch im Bewußtsein der Politiker und der Bevölkerung ebenso wie in der Praxis rangierte der Ausbau des Erziehungswesens im allgemeinen weit hinter der Förderung der Wirtschaft und Wissenschaft/Technik.

Wirtschaft, Wissenschaft/Technik und Bildung, so wurde jetzt auf der Sitzung argumentiert, hingen eng miteinander zusammen und voneinander ab; man dürfe nicht eines zu Lasten des anderen betonen. Scharf kritisiert wurde die Meinung, man brauche nur Wissenschaft und Technik voranzutreiben, dann würde sich die Wirtschaft stetig und schnell entfalten. Da die Entwicklung des Erziehungswesens eine langfristige Aufgabe sei, die keine schnellen Erfolge zeitige, solle man der Wirtschaftsentwicklung den Vortritt lassen. Solcherlei Ansichten seien im Geiste des XIV. Parteitagess schnellstens aufzugeben.

Der Bildung komme die gleiche Bedeutung zu wie der Wissenschaft/Technik, denn ohne den Ausbau des Erziehungswesens könne man keine Wissenschaftler und Techniker ausbilden und deren Qualität verbessern. Die Bildung sei gleichsam die "Mutter" von Wissenschaft und Technik, beide gehörten eng zusammen. Es sei klar, daß man sich beim wirtschaftlichen Aufbau auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt stützen müsse; aber genauso wichtig sei die Anhebung der Qualität der Arbeiter. Diese seien eine wichtige Zielgruppe für die Erziehung. Doch zur Anhebung des Niveaus der Arbeiter reiche die Ausbildung am Arbeitsplatz allein nicht aus, vielmehr müsse Erziehung als systematisches Projekt durchgeführt werden. Angefangen vom Kindergarten über die Grund-, Mittel- und Hochschule bis zu allen anderen Schultypen müsse die Erziehung bei allen Bildungsinstitutionen verbessert werden, um das Bildungsniveau der Nation und der Werktätigen zu erhöhen.

Hinsichtlich der Förderung von Wissenschaft und Technik wurde insbesondere auf die sog. "soft science" (*ruan kexue*) hingewiesen. Diese umfassende Wissenschaft widme sich dem Studium einer koordinierten Entwicklung von Wissenschaft, Technik, Wirtschaft und Gesellschaft. Unter Anwendung von Theorien über Entscheidungsfindung, systematischen Methoden und Computertechnik liefere "soft science" wissenschaftliche Durchführbarkeitsstudien und Optionen für alle Entscheidungsträger hinsichtlich strategischer Studien, Planung, Entscheidungen, organisatorischem Management, Projektbegutachtung und Unternehmensberatung. Eine wichtige Aufgabe der "soft science" sei die Bereitstellung von Verfahren und Techniken zur Verwissenschaftlichung und Demokratisierung von Entscheidungsfindungen. "Soft science" sei ebenso wichtig wie die Natur- und Sozialwissenschaften. Deshalb wurde dafür plädiert, sie im derzeit diskutierten Gesetzesentwurf über den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu berücksichtigen. (Ebd.)

Ähnlich wie die Mitglieder des Ständigen NVK-Ausschusses auf ihrer Sitzung äußerte sich auch der stellvertretende Vorsitzende des NVK-Ausschusses für Erziehung, Wissenschaft, Kultur und Gesundheit, Zhang Chengxian, in einem Beitrag in der *Guangming-Zeitung* (6.11.92). Seiner Einschätzung zufolge würden aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung neue und immer höhere Anforderungen an das Bildungswesen gestellt. Wirtschaft und Bildung seien daher nicht mehr getrennt zu betrachten, sondern gehörten eng zusammen und müßten koordiniert werden. Es dürfe nicht weiterhin der Wirtschaft der "Vortritt gelassen" werden, vielmehr müsse die Bildung der Wirtschaft den "Weg ebnen". Deshalb müsse verstärkt ins Bildungswesen investiert werden. -st-

*(12)

Öffentliche Investitionen ins Bildungswesen

Kürzlich hat der stellvertretende Vorsitzende des NVK-Ausschusses für Erziehung, Wissenschaft, Kultur und Gesundheit, Zhang Chengxian, über die unzureichenden Investitionen der öffentlichen Hand ins Bildungswesen geklagt und eine massive Steigerung der

Bildungsausgaben gefordert (vgl. GMRB, 6.11.92). Er führte aus, daß zu Beginn der achtziger Jahre die öffentlichen Bildungsetats in den entwickelten Ländern durchschnittlich einen Anteil von 6% des Bruttosozialprodukts gehabt hätten; bei den Entwicklungsländern habe dieser Anteil durchschnittlich 4% betragen. In China habe der Anteil Anfang der achtziger Jahre nicht nur unter dem der Entwicklungsländer gelegen, sondern er sei sogar noch niedriger als in Indien gewesen, einem Land mit ähnlichen Verhältnissen wie in China. China müsse daher in den neunziger Jahren mehr ins Erziehungswesen investieren, und zwar müßten die Investitionen mindestens das durchschnittliche Niveau der Entwicklungsländer zu Beginn der achtziger Jahre erreichen, d.h. also 4% des Bruttosozialprodukts. Dies sei unumgänglich und auch machbar. Zu diesem Zweck brauchten sich die Regierungen aller Ebenen nur an den im Schulpflichtgesetz vom April 1986 festgelegten Grundsatz "zwei Steigerungen" zu halten. "Zwei Steigerungen" bedeutet, daß die Bildungsetats des Staates (d.h. der Zentrale) ebenso wie die der örtlichen Regierungen im Vergleich zu den anderen Etats jährlich überproportional anzuwachsen haben.

Über die Anteile der Ausgaben für das Bildungswesen auf den verschiedenen Verwaltungsebenen machte Zhang die folgenden Angaben, die Aufschluß über die Lastenverteilung bei der Finanzierung des Erziehungswesens geben:

Im Staatshaushalt 1991 habe der Anteil der Aufwendungen für das Erziehungswesen 12,6% betragen. In der Periode des 8. Fünfjahrplans (1991-95) sei dieser Anteil schrittweise auf mindestens 15% zu erhöhen. Dabei dürfe der finanzielle Anteil der Zentrale nicht unter 8% liegen, derjenige der Provinzebene nicht unter 15%. Der finanzielle Anteil der Kreisebene solle von der jeweiligen Provinzeinheit nach bestimmten Kategorien (je nach Lage der betr. Kreise) festgelegt werden, dürfe im allgemeinen aber nicht unter 35% liegen. Was die Gemeinden (*xiang*) angehe, so seien sie verpflichtet, ihre Einkünfte hauptsächlich ins Bildungswesen zu investieren. Die Erreichung dieser Werte bei den Bildungsausgaben sei ein konkretes Beurteilungskriterium dafür, inwieweit dem Bildungswesen eine strategische Posi-

tion zuerteilt und die Führung aller Verwaltungsebenen dem Erziehungswesen Priorität einräumt. (Ebd.)

Die Prozentwerte machen deutlich, daß je niedriger die Verwaltungsebene ist, desto höher die finanziellen Belastungen sind. Dies ist Ausdruck der Tatsache, daß in China grundsätzlich die örtliche Ebene für das Bildungswesen verantwortlich ist. Der Staat finanziert die der Zentrale unterstellten Bildungseinrichtungen und gibt ansonsten Zuschüsse, wo es nötig ist, d.h. vor allem für das Schulwesen in armen Kreisen. Die Hauptlast tragen also die Gemeinden. Sie finanzieren ihre Schulen im wesentlichen aus der Mitte 1986 eingeführten Ergänzungsabgabe für das Bildungswesen, die alle Einheiten und Einzelpersonen zu zahlen haben, die der Produktions-, Mehrwert- oder Gewerbesteuer unterliegen. Eine weitere Finanzquelle sind Spenden von privater Seite. -st-

*(13)

Hochschulreform

Mitte November 1992 fand in Beijing eine nationale Konferenz über das allgemeine Hochschulwesen statt, auf der die Weichen für weitere Reformen im Hochschulbereich gestellt wurden, um die Entwicklung der Hochschulen in den neunziger Jahren den Erfordernissen der sozialistischen Marktwirtschaft anzupassen, wie es hieß (vgl. RMRB, 15.11.92). Der stellvertretende Erziehungsminister Zhu Kaixuan wies in seinem Bericht auf der Tagung darauf hin, daß in den neunziger Jahren hinsichtlich der Hochschulbildung die Qualität verbessert, die Struktur vernünftiger gestaltet und bessere Ergebnisse erzielt werden müßten, wenn die Hochschulen den Anforderungen einer sozialistischen Marktwirtschaft genügen und auf das 21. Jahrhundert vorbereitet sein wollten. Die Hochschulbildung müsse neue Wege gehen, das alte Muster, wonach der Staat die alleinige Verantwortung trage, müsse reformiert werden (ebd.).

Die Hochschulreformen betreffen vor allem die folgenden Bereiche:

(1) *Finanzierung:* Das Engagement der Gesellschaft müsse geweckt werden für mehr Investitionen und Neugründungen im Hochschulwesen. Der Staat solle zwar die Hauptquelle für

Investitionen bleiben, gleichzeitig aber sollten verschiedene andere Finanzquellen aufgetan werden, wie z.B. Betriebe, Unternehmen, Institutionen, Ausländer und Auslandschinesen sowie den Hochschulen angegliederte Betriebe. Der Staat solle zur Hauptsache die Schwerpunkthochschulen und bestimmte Schwerpunktfächer finanzieren, ansonsten aber solle die Finanzierung der Hochschulen diversifiziert werden. (RMRB, 15. u. 18.11.92) Einen weiteren Beitrag zur Finanzierung der Hochschulen stellten die Studiengebühren dar, sagte Zhu Kaixuan. Man müsse der Gesellschaft klarmachen, daß Hochschulbildung keine Pflichterziehung sei und daß die Hochschulstudenten grundsätzlich Studiengebühren zu zahlen hätten. Zugleich sollten das Stipendien- und Darlehenssystem für Studenten verbessert und alle möglichen Arten von Arbeits-Studium-Programmen eingerichtet werden, damit auch Studenten aus armen Gegenden die Universität besuchen könnten. (Xinhua, chin., über Radio, 14.11.92, nach SWB, 24.11.92; s.a. "Gedankengänge zur Entwicklung der Hochschulbildung in den 90er Jahren" (chin.), RMRB, 18.11.92.) Die drei hauptsächlichen Finanzierungsquellen für das Hochschulwesen sind demnach staatliche Investitionen, Studiengebühren und Spenden.

(2) *Ausbildung:* Zum einen soll die Qualität der Hochschulbildung verbessert werden (RMRB, 15.11.92), zum anderen sollen die Inhalte mehr beachtet werden, d.h. sie sollen stärker auf die derzeitigen Bedürfnisse, vor allem der Wirtschaft, ausgerichtet werden. Angesichts des großen Bedarfs an Hochschulabsolventen sollen das vorhandene Potential weiter ausgeschöpft und Umfang und Nutzeffekt gesteigert werden. Vorrangig soll die Fachhochschulbildung ausgebaut werden, um Fachbildung für die Dörfer, Mittel- und Kleinbetriebe sowie den Dienstleistungssektor bereitzustellen. Was die Fächer angeht, so sollen der Umfang der Grundlagenwissenschaften stabilisiert, neue und Grenzwissenschaften entsprechend ausgebaut und angewandte Wissenschaften schwerpunktmäßig entwickelt werden. ("Gedankengänge ...", RMRB, 18.11.92.) In Lehre und Forschung soll die häufig anzutreffende Wirklichkeitsferne überwunden werden. Mehr Universitäten sollen autorisiert werden, Magister- und Dokortitel zu verleihen. An einigen Uni-

versitäten sollen Forschungsstudenten bei der Lehre helfen. Wissenschaftler und Techniker sollen ihre Forschung mehr am Bedarf der Gesellschaft orientieren, beispielsweise indem sie in hochschuleigenen High-Tech-Betrieben arbeiten oder in die High-Tech-Entwicklungszonen gehen.

(3) *Hochschulstruktur:* Der Staat soll sich hauptsächlich auf die Schwerpunkthochschulen und einige wichtige Spezialfächer konzentrieren. Die Schwerpunkthochschulen, von denen es Anfang des nächsten Jahrhunderts einhundert geben soll ("Gedankengänge ...", a.a.O.; derzeit gibt es ca. 90 Schwerpunkthochschulen), sollen die Schrittmacher für die tertiären Bildungseinrichtungen des ganzen Landes sein (Xinhua, a.a.O., nach SWB, 24.11.92). Auch die Reform der Verwaltungsstruktur innerhalb der Universitäten und Hochschulen soll fortgeführt werden, d.h. die Hochschulen sollen mehr Autonomie erhalten und zu eigenen Rechtspersonen werden. Die Beziehungen zwischen Regierung, Gesellschaft und Hochschule seien glatter zu gestalten. Die Autonomie der Hochschulen soll sich auf folgende Bereiche beziehen: Einrichtung der Fächer, Lehre und Forschung, Beschaffung und Verwendung der Geldmittel, organisatorischer Aufbau, Stellenbesetzung, Stelleneinstufungen, Gehaltszuteilung und Beziehungen zum Ausland - alles im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften. Insgesamt soll die Verwaltungsstruktur dahingehend reformiert werden, daß der Staat die einheitliche und umfassende Planung vornimmt, die zentrale und die lokale Ebene jedoch jede für sich mehr Verantwortung übertragen bekommt. ("Gedankengänge ...", a.a.O.)

(4) *Aufnahme von Studenten:* Allgemein wird festgestellt, daß für die Entwicklung der sozialistischen Marktwirtschaft ein großer Bedarf an Fachkräften herrscht, der jedoch zur Zeit nicht befriedigt werden kann. Gegenwärtig gebe es 1.075 Universitäten und Hochschulen, aber, so heißt es, an ihnen studierten durchschnittlich nicht sehr viele Studenten, das Potential sei viel größer. (An den 1.075 Hochschulen studieren derzeit 2,05 Mio. Studenten - XNA, 19.11.92.) Um das Potential auszuschöpfen, seien zusätzliche Geldmittel erforderlich. Deshalb könne man sich nicht mehr auf die Regierung als alleinigen Geldgeber verlas-

sen, sondern müsse andere Finanzquellen anzapfen (RMRB, 18.11.92). Um mehr Studenten ausbilden zu können, genügt es jedoch nicht, einfach die staatlichen Planziffern für die jährlich aufzunehmenden Studenten zu erhöhen, sondern das Zulassungssystem selbst muß geändert werden. Dies sehen auch die chinesischen Bildungsreformer. Sie fordern daher, die Planung der Zulassungsziffern allein durch den Staat dahingehend zu reformieren, daß eine Kombination von staatlicher Planung und regulierender Planung entsteht ("Gedankengänge ...", a.a.O.), d.h. ein Mischsystem, in dem einerseits der Staat die Zulassungsziffern plant und andererseits die Hochschulen mehr Spielraum erhalten, entsprechend ihrer Kapazität mehr Studenten aufzunehmen. Unter der Voraussetzung, daß die staatliche Planung garantiert ist, so der Vorschlag, soll die "regulierende Planung" schrittweise erweitert werden, beispielsweise durch zusätzliche Aufnahme von Selbstzahlern oder Studenten, die im Auftrag von Betrieben studieren (ebd.). Dies führt dann notgedrungen auch zu einer Reform der staatlichen Arbeitsplatzgarantie für Hochschulabsolventen. Die Einführung der sozialistischen Marktwirtschaft bringe es mit sich, daß sich die Absolventen ihren Arbeitsplatz selbst wählen (ebd.).

Die meisten dieser Reformen waren bereits in den achtziger Jahren eingeleitet worden, wurden dann aber nach dem Juni 1989 von den Orthodoxen blockiert. So wurde die Autonomie der Hochschulen durch verstärktes Einwirken der Parteikomitees empfindlich beschnitten, und die Zulassungsziffern wurden eingefroren. Nach Deng Xiaopings Reforminitiative vom Frühjahr 1992 und dem XIV. Parteitag scheint die Hochschulreform nun wieder voranzukommen. Zugleich zeichnen sich neue Tendenzen ab: Der von orthodoxer Seite leicht heruntergespielte Bedarf an akademisch gebildeten Fachkräften erfordert eine drastische Erhöhung der Studentenzahlen. Der Bedarf an Fachkräften der mittleren Ebene soll vor allem durch Fachhochschulen gedeckt werden. Hier wird es in Zukunft vermehrt zu Neugründungen kommen, insbesondere von nichtstaatlicher Seite. Zugleich erhalten die einzelnen Hochschulen mehr Spielraum, zusätzlich zu den staatlichen Planstudenten weitere Studienbewerber aufzunehmen. -st-

***(14)
Begutachtungsausschuß für die Einrichtung von Hochschulen**

Während einer nationalen Hochschulkonferenz Mitte November gab die Staatliche Erziehungskommission die Gründung eines Begutachtungsausschusses für die Einrichtung von Hochschulen bekannt. Er besteht aus 45 Experten und Wissenschaftlern; zum Direktor wurde der kürzlich als stellvertretender Erziehungsminister entlassene orthodoxe He Dongchang bestellt. Aufgabe des Ausschusses soll es sein, Anträge auf Hochschulneugründungen zu begutachten. Nach positiver Begutachtung erteilt die Staatliche Erziehungskommission die Genehmigung für Hochschulgründungen. Kriterien für die Begutachtung sind eine vernünftige Verteilung der Hochschulen, die Verbesserung der Struktur der verschiedenen Ebenen und Disziplinen sowie die Erfüllung der erforderlichen Bedingungen für das Betreiben von Hochschulen. (RMRB, 15.11.92) Als Grundlage für die Begutachtungsarbeit gelten die "Vorläufigen Regelungen für die Gründung allgemeiner Hochschulen" und die "Vorläufigen Bestimmungen für die Gründung von Hochschulen für Erwachsene". Erziehungsminister Li Tieying betonte, die Einrichtung des Ausschusses sei eine wichtige Maßnahme zur Verbesserung der Makrokontrolle des Staates über die Hochschulen. In der Vergangenheit seien Hochschulgründungen allein durch Verwaltungsentscheidung erfolgt, jetzt sei ein erfreulicher Schritt dahingehend getan, daß der Staat vor der Genehmigung Fachleute konsultiert. (Ebd. u. GMRB, 15.11.92 u. RMRB, 29.11.92)

Der Begutachtungsausschuß soll der Staatlichen Erziehungskommission Entscheidungshilfe leisten, wenn es um Anträge auf Neugründung von Hochschulen geht. Die Erziehungskommission bleibt jedoch - verständlicherweise - alleinige Instanz für die staatliche Anerkennung neuer Hochschulen. Es ist anzunehmen, daß es nun im Zuge der wiederbelebten Hochschulreform zu einer ganzen Reihe neuer Hochschulgründungen kommen wird. Um möglichen Wildwuchs zu verhindern und die Erfüllung gewisser Anforderungen sicherzustellen, ist eine Gutachterinstanz erforderlich. -st-

***(15)
Chinas Schwerpunkt-Universitäten sollen Weltniveau erreichen**

Unter der Bezeichnung "Projekt 211" will China 100 Schwerpunkt-Universitäten mit ihren Schwerpunkt-Studiengängen bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts zu internationalen Spitzenuniversitäten machen. Von seiten der Staatlichen Erziehungskommission verlautetete, Staatsrat und ZK hätten das Projekt im Prinzip gebilligt. Die Planung geht dahin, 100 Schwerpunkt-Universitäten und ihre Spezialgebiete auszuwählen und durch zusätzliche finanzielle Unterstützung des Staates besonders zu fördern. Die Geldmittel sollen zur Förderung der Hochschulreform an diesen Institutionen eingesetzt werden, namentlich zur Erweiterung der akademischen Selbstverwaltung. Diese Universitäten sollen aktiv Wissenschaftsaustausch und internationale Kooperation betreiben. Erfolgreiche ausländische Universitäten sollen als Vorbild dienen. (XNA, 17.11.92)

Gegenwärtig gibt es etwa 90 Schwerpunkt-Universitäten. Diese unterstehen der Staatlichen Erziehungskommission und werden besonders gefördert. In China gelten sie als Spitzenuniversitäten, doch gemessen am internationalen Standard, sind sie noch entwicklungsbedürftig. -st-

***(16)
Fortschreitende Reformen an der Akademie der Wissenschaften**

Auf einer Konferenz der Chinesischen Akademie der Wissenschaften über die Arbeit für das Jahr 1993 gab Akademiepräsident Zhou Guangzhao einen Bericht über den Fortgang der Reformen an der Akademie. Er rief dazu auf, die Reformen und die Öffnung zu beschleunigen, das Denken zu befreien, sich der sozialistischen Marktwirtschaft anzupassen und in die Wirtschaft zu investieren. Ziel der zukünftigen Entwicklung der Akademie sei es, eine Reihe von Forschungsinstituten mit internationalem Standard, einige wissenschaftliche und technische Forschungszentren, eine Reihe hervorragender High-Tech-Betriebe und Sektionen mit einer Sektionsversammlung zu haben, die sich aus den besten Wis-

senschaftlern des ganzen Landes zusammensetzt. Was die Akademiestruktur angeht, so erklärte Zhou, gehörten die Zeiten, da die Institute von der Akademie Geld, Personal und Sachmittel forderten, der Vergangenheit an; jetzt müßten die Akademieinstitute selbständige Rechtspersonen werden, d.h. Einheiten, die in bezug auf ihre Organisation und Tatkraft miteinander konkurrieren. Es gehe nicht mehr an, daß die Institute ihre Ziele auf den bequemen eingefahrenen Wegen zu erreichen suchen, daß sie blind weitermachen und leicht außer Kontrolle geraten können.

Der Kern der Institutsreformen liegt Zhou zufolge darin, für die Institute die Bedingungen zu schaffen, damit sie als Konkurrenten in der Marktwirtschaft auftreten können, sowie die selbständige Entwicklung und unternehmerischen Fähigkeiten der Institute zu verstärken. Die Kontrolle der Institute durch die Akademie solle sich auf die Makrokontrolle beschränken, und zwar in dreierlei Hinsicht: 1. Auf der Grundlage der Verantwortung für die Zielsetzung soll durch weitere Reformmaßnahmen eine Gesamtbeziehung zwischen den beiden Ebenen Akademie und Institute aufgebaut werden. 2. Die besten Projekte sollen ausgewählt und unterstützt werden, und die Begutachtung der Forschung innerhalb des Plansystems bei den Instituten soll verstärkt werden. 3. Die Akademie soll den Aufbau von Führungsgruppen in den Instituten intensivieren und die Reform des Personalsystems beschleunigen. (RMRB, 24.11.92) Im einzelnen bedeuten diese drei Punkte: 1. Die Akademie ist für die Zielsetzung verantwortlich; zu deren Erfüllung müssen Kontrollmechanismen eingeführt werden, die die Beziehungen zwischen Akademie und Instituten regeln. 2. Die Leistungskontrolle in bezug auf die Erfüllung der Planvorgaben soll verstärkt werden. 3. Der Aufbau von Führungsgremien an den Instituten dient dem weiteren Ausbau der Institutsautonomie, die insbesondere das Personalwesen betrifft (Einstellungen, Entlassungen, Personaltransfer usw.).

Zhou Guangzhao äußerte sich auch zu dem Problem, wie das Potential der Institute auszuschöpfen sei. Die Institutsleitungen sollen Mechanismen zur Anspornung schaffen und für eine Betriebskultur (ähnlich wie bei einer

Firma) sorgen, um die "Kondensationskraft" (d.h. den Zusammenhalt) des Personals zu steigern. Außerdem sollen einige von der Akademie verwaltete und von Instituten betriebene Firmen, die wirtschaftlich erfolgreich sind und ein hohes wissenschaftlich-technisches Niveau haben, ausgewählt und schwerpunktmäßig unterstützt werden, damit sie in 3-5 Jahren zu Kernbetrieben mit einem jährlichen Produktionswert von über 100 Mio. Yuan werden. Institute und Firmen mit den entsprechenden Bedingungen können zum gegenseitigen Nutzen Kooperationen eingehen, ausländisches Kapital anziehen und Joint Ventures errichten. Schließlich solle die Sektionsversammlung der Akademie, in der die besten Wissenschaftler des Landes saßen, den Staat in wichtigen Fragen beraten und bei der Formulierung der Wissenschaftspolitik helfen. (Ebd.)

Bei der Reform des Wissenschaftssystems der achtziger Jahre standen die Einführung der Institutsautonomie, die Reform der Personalstruktur und Forschungsfinanzierung sowie die Ausrichtung am Bedarf der Wirtschaft im Vordergrund (vgl. dazu C.a. 1985/3, Ü 16 und 1987/2, Ü 16). Diese Reformen werden jetzt nach dem XIV.Parteitag weiter vorangetrieben. Neu bei der Intensivierung der Reformen ist das Gewicht, das auf Unternehmensgründungen gelegt wird. Zwar wurde in den vergangenen Jahren die Zusammenarbeit zwischen Forschungsinstituten und Unternehmen befürwortet und unter bestimmten Bedingungen auch Betriebsgründungen ermöglicht. Daß aber jetzt förmlich zu Unternehmensgründungen aufgerufen wird, ist eine neue Tendenz. Das Engagement der Wissenschaft auf dem Markt kommt insbesondere darin zum Ausdruck, daß die Akademie der Wissenschaften dabei ist, Aktiengesellschaften zu gründen. Während Zhou Guangzhao kürzlich noch von zwei Aktiengesellschaften sprach (s. C.a. 1992/10, Ü 24), kündigte er nun an, die Akademie werde 7-8 Aktiengesellschaften gründen (XNA, 25.11.92). Die Marktorientierung spiegelt sich darüber hinaus in der Empfehlung wider, die Institute wie Unternehmen zu führen. Um die Wettbewerbsfähigkeit der Institute zu erhöhen, sollen die Mitarbeiter mehr motiviert und eine Art "Unternehmenskultur" geschaffen werden. Den-

noch wurde auf der Konferenz auch darauf hingewiesen, daß die Grundlagenforschung an der Akademie die Oberhand habe (RMRB, 28.11.92). -st-

*(17)

Ausweitung der Postgraduiertenbildung

Auf einer Konferenz des dem Staatsrat unterstehenden Komitees für akademische Grade wurde beschlossen, die Reform bezüglich der Vergabe akademischer Grade zu beschleunigen. Dies bedeutet in erster Linie, die Zahl der Institutionen, an denen Postgraduierte einen Doktor- oder Magistertitel erwerben können, sowie die Zahl der Postgraduierten zu erhöhen. Auf der Konferenz wurde betont, daß man bei dem gegenwärtigen Stand den Bedarf an Akademikern, der sich durch die Reform- und Öffnungspolitik ergibt, nicht befriedigen kann. Bis Ende 1991 waren in ganz China 248 Institutionen autorisiert, Dokortitel zu vergeben, 586 durften Magistertitel vergeben. In den elf Fachbereichen und über 600 Spezialfächern, in denen gegenwärtig Postgraduierte studieren, kann der Doktorgrad in 75% und der Magister in 95% der Spezialfächer verliehen werden. (GMRB, 12.11.92) -st-

*(18)

Post-Doc-Forschung

Post-Doc-Forschung, d.h. die Förderung begabter Jungwissenschaftler mit Doktorgrad, ist in China vor sechs Jahren eingeführt worden. Angeregt wurde sie durch den chinesisch-amerikanischen Physiker Tsung-dao Lee, und Deng Xiaoping soll daraufhin für die Errichtung von Post-Doc-Forschungszentren gesorgt haben. Zur Zeit gibt es in China 273 solcher Zentren in 156 Institutionen. An ihnen arbeiten 1.500 promovierte Jungwissenschaftler. An der Qinghua-Universität (Beijing) arbeiten beispielsweise 88 Promovierte in 22 Zentren. In den Post-Doc-Forschungszentren wird in 42 Schlüssel-disziplinen gearbeitet, vor allem in Natur- und Ingenieurwissenschaften, Agronomie und Medizin. An den meisten der gut ausgestatteten Forschungsinstitutionen werden wichtige nationale Forschungsprojekte bearbeitet. Etwa 500 Jungwissenschaftler haben ihre Arbeit abgeschlossen. Die meisten von ihnen haben daraufhin

den Titel eines außerordentlichen Professors, 21 den eines Professors verliehen bekommen.

Die Post-Doc-Forschung soll weiter ausgebaut werden. Mehr Promovierte sollen in den Genuß von Post-Doc-Stellen kommen. Auch soll das System auf die Sozialwissenschaften ausgedehnt werden. Geplant sind hier 16 neue Post-Doc-Forschungszentren, an denen auf fünf Gebieten gearbeitet werden soll: Wirtschaftswissenschaften, Geschichte, Rechtswissenschaft, Sprachen und Literatur (chinesische und fremdsprachliche). (XNA, 14.11.92) -st-

***(19)
Forderung nach besserer Ausnutzung des Wissenschaftlerpotentials**

Angesichts des steigenden Bedarfs an Wissenschaftlern für die Modernisierung Chinas wird jetzt neben der Forderung, verstärkt wissenschaftlichen Nachwuchs auszubilden und im Ausland ausgebildete Akademiker zurückzuholen, die Forderung erhoben, das vorhandene Potential an Wissenschaftlern auszuschöpfen. Eine in Shanghai durchgeführte Erhebung ergab, daß nur ein Drittel der Wissenschaftler in Shanghai mit Arbeit ausgelastet ist, während ein Drittel nicht genug zu tun hat, und ein weiteres Drittel gar nichts zu tun hat. Diese Situation wird auf die teilweise "irrationale" Struktur innerhalb der Wissenschaft zurückgeführt. So sollen beispielsweise mehr Wissenschaftler in der Grundlagenforschung als in den angewandten Wissenschaften arbeiten, und nur wenige sollen in der Lage sein, sowohl Forschungs- als auch Geschäftsleitungsaufgaben wahrzunehmen. Hinzu komme, daß die "ungünstigen gesellschaftlichen Bedingungen" die Eigeninitiative der Wissenschaftler blockieren. (XNA, 26.11.92)

Wie stark der Bedarf an Wissenschaftlern in den kommenden Jahren anwachsen wird, erhellt aus einer anderen Erhebung, derzufolge an der Chinesischen Akademie der Wissenschaften bis zum Jahre 2000 neunzig Prozent aller Wissenschaftler in den Ruhestand treten werden. In diesem Zusammenhang wird darauf verwiesen, daß heute viele Länder in bezug auf die Rekrutierung von Wissenschaftlern im Wettbewerb stünden. So versuche Japan, Wissenschaftler aus China und der Sowjetunion anzuwerben (ebd.). -st-

***(20)
Ausweitung der beruflichen Bildung**

Ein Jahr, nachdem der Staatsrat den Beschluß über die verstärkte Entwicklung der beruflich-technischen Bildung erlassen hatte, wurde jetzt eine positive Bilanz gezogen. In den letzten 10-12 Jahren seien in der Berufsbildung deutliche Erfolge erzielt worden, hieß es (RMRB, 2.11.92). Dies wurde mit einigen Zahlen belegt: Zur Zeit gibt es in China 16.818 berufliche und technische Schulen (1980: 8.671). Die Zahl der Berufsschüler beträgt 7,33 Mio.; dies sind 46,7% aller Schüler der Sekundarstufe (II) und bedeutet gegenüber 1980 einen Zuwachs um 28% (ebd.). Der Ausbau der beruflichen Bildung ist seit Ende der siebziger Jahre wesentlicher Bestandteil der Strukturreform im Schulwesen, deren wichtigstes Ziel es war, die berufliche Sekundarschulbildung so auszubauen, daß auf der Oberstufe je die Hälfte aller Sekundarschüler allgemeinbildende bzw. berufliche Sekundarschulen besucht. Dadurch sollten die Schulabgänger besser aufs Berufsleben vorbereitet werden. Inzwischen sollen die verschiedenen Arten von beruflichen und technischen Schulen bereits 13,5 Mio. Schulabgänger entlassen haben. Darüber hinaus sollen etwa 100 Mio. Menschen berufliche und technische Kurzzeitkurse durchlaufen haben. (Ebd.)

Obleich die Zahlen einen beachtlichen Fortschritt anzeigen, muß die Frage nach der beruflichen Qualifikation gestellt werden. Nicht alle Absolventen sog. beruflicher oder technischer Sekundarschulen haben eine qualifizierte Berufsausbildung erhalten. Zumal wenn es sich um ehemals allgemeinbildende Mittelschulen handelt, die in berufliche oder technische Schulen umgewandelt wurden, ist anzunehmen, daß die Schüler lediglich beruflich ausgerichteten Unterricht erhalten, nicht aber eine formale Berufsbildung.

Der Staatsratbeschluß vom November 1991 hatte den Rahmen für den Ausbau der Berufsbildung in den neunziger Jahren abgesteckt. Gefordert wurden darin vor allem folgende Punkte:

- Verbesserung der vorhandenen beruflichen und technischen Schulen, insbesondere solcher mit Vorbildfunktion, und zwar durch Ausschöpfung des vorhandenen Potentials der Schulen sowie Erweiterung der Schülerzahlen, vor allem auf der Se-

- kularstufe II (Mittelschuloberstufe), so daß auf der Ebene der Sekundarstufe II die Schülerzahlen beruflicher Schulen diejenigen allgemeinbildender Schulen übertreffen.
- Weiterer Ausbau des Angebots kurzfristiger berufsbildender Kurse.
- Förderung der beruflichen Anleitung im allgemeinbildenden Schulwesen, d.h. Einführung beruflich-technischer Bildungsfaktoren entsprechend den örtlichen Gegebenheiten und den Schulstufen.
- Förderung der Erwachsenenbildung in bezug auf die beruflich-technische Ausbildung von Berufstätigen. (Vgl. GMRB, 13.11.91)

Neu an diesem Beschluß war, daß die Berufsbildung auf der Sekundarstufe II sogar noch stärker ausgebaut werden soll, als ursprünglich vorgesehen. -st-

***(21)
Hochbegabtenförderung**

Mit Beginn der Reformen im Erziehungswesen wurde in China auch die Förderung hochbegabter Kinder eingeführt. Zur Zeit soll es etwa 1.000 Hochbegabte geben, die an 13 Hochschulen und Universitäten studieren. Erstmals richtete die Chinesische Universität für Wissenschaft und Technik im Jahre 1980 einen Kursus für hochbegabte Kinder im Alter zwischen 11 und 15 Jahren ein, die alle die Aufnahmeprüfung bestanden hatten. Diese Universität soll inzwischen über 500 solcher jungen Studenten ausgebildet haben. (XNA, 13.11.92) -st-

***(22)
"Projekt Hoffnung": Schulbildung für Schulabbrecher**

Um Kindern, die aufgrund der finanziellen Situation ihrer Familie die Schule vorzeitig verlassen müssen, zumindest eine abgeschlossene Grundschulbildung zu ermöglichen, wurde im Herbst 1989 das "Projekt Hoffnung" (*xiwang gongcheng*) ins Leben gerufen. Das Projekt wird von der Chinesischen Stiftung für Jugendentwicklung betreut. Seit Begründung des Projekts im Oktober 1989 hat die Stiftung 53 Mio. Yuan gesammelt. Seit Mitte April dieses Jahres wurden allein 40 Mio. Yuan (77% der Gesamtsumme) an Spenden gesammelt. Von dem Geld erhielten 151.600 Kinder in 25 Provinzen ein Stipendium zum Besuch einer Grundschule. Darüber hinaus gewährte die

Stiftung 400 Mittelschülern und 100 Hochschulstudenten ein Sonderstipendium. Unterstützung von Seiten der Stiftung kam insgesamt 117 Kreisen zugute. Aus Geldern der Stiftung wurde auch der Bau von 21 bereits fertiggestellten Hoffnung-Grundschulen finanziert; 19 weitere Schulen sind im Bau, und für 10 werden Vorbereitungen für den Wiederaufbau getroffen. (RMRB, 11.11.92)

Die Staatliche Erziehungskommission hat kürzlich die Erziehungsbehörden aller Ebenen aufgefordert, das "Projekt Hoffnung" mit Nachdruck zu unterstützen. Dies müßten die Erziehungsbehörden schon deshalb tun, weil es ihre Aufgabe sei, für die Einführung der Schulpflicht zu sorgen. Für die Einführung der Schulpflicht in einem Land wie China mit seiner großen Bevölkerung und seinem niedrigen wirtschaftlichen Entwicklungsstand sei die ergänzende Finanzierung durch Spendengelder aus der Bevölkerung unerlässlich. Mit solchen Geldern sollten vor allem Schulbücher und Lehrmaterialien angeschafft werden. Im übrigen müßten die Schulen dafür sorgen, daß Schulkinder, denen aufgrund finanzieller Unterstützung der Schulbesuch oder die Rückkehr an eine Schule ermöglicht werde, das Minimum der örtlich vorgeschriebenen Pflichterziehung durchlaufen. Außerdem sollen Einheiten oder Einzelpersonen, die das Projekt unterstützen, ausgezeichnet werden. (RMRB, GMRB, 12.11.92) -st-

*(23)

Vierzig Jahre Theologisches Seminar Nanjing

Kürzlich wurde in Nanjing das vierzigjährige Bestehen des Vereinigten theologischen Seminars Nanjing (Nanjing Union Theological Seminary) gefeiert. Der Feier wohnten rund 300 Vertreter aus Partei und Regierung sowie ehemalige Schüler bei. Das Seminar wurde 1952 durch Zusammenlegung eines Dutzends theologischer Seminare in Ostchina gegründet. Damit wurde es landesweit die größte theologische Ausbildungsstätte, auf der schon Tausende von Theologen aus ganz China ausgebildet wurden. Nach Auskunft des Seminardirektors Ding Guangxun gibt es in China derzeit 13 Seminare, etwa 6 Mio. Christen und über 7.000 christliche Kirchen. Ein Drittel der Kirchen sei in den letzten Jahren ge-

baut worden. Mit zahlreichen Ländern, darunter Kanada, USA, Großbritannien, Deutschland, Australien und der Schweiz, bestünden freundschaftliche Beziehungen. (XNA, 12.11.92) Die hier gemachten Angaben beziehen sich auf die Protestanten in China. -st-

*(24)

Verlage und Zeitungen zwischen Linientreue und Markt

Auf einem Treffen von Verlegern in der Hauptstadt wurden die Teilnehmer auf die sie betreffende neue Linie nach dem XIV. Parteitag ausgerichtet. Dies bedeutet insbesondere, daß die Verlage künftig stärker nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten arbeiten sollen, weil ihre Veröffentlichungen nicht mehr automatisch vom Staat unterstützt werden. Damit befinden sich die Verlage ihrem Empfinden nach in einem Dilemma: Auf der einen Seite sollen sie dem "Aufbau der sozialistischen geistigen Kultur" dienen, d.h. auf ideologische Linientreue und entsprechende Qualität achten, auf der anderen Seite sollen sie marktwirtschaftlichen Gesetzen entsprechen, d.h. sie müssen sich im wesentlichen selbst finanzieren. Wie der stellvertretende Leiter der Propagandaabteilung des ZK vor den Verlegern ausführte, liege der Ausweg allein in der Reform der gegenwärtigen Verwaltungsstruktur im Verlagswesen. Bücher müßten notwendigerweise als Ware auf den Markt gelangen. Da aber das chinesische Verlagswesen ein sozialistisches Verlagswesen sei, habe es seine Eigenheiten, und deshalb sei die soziale Wirkung der Publikationen unbedingt an die erste Stelle zu setzen. In bezug auf die fachliche Arbeitsteilung der Verlage, Auswahl der Themen und die Verlagsaktivitäten sei die regulierende Funktion des sozialistischen Buchmarktes zu beachten. (RMRB, GMRB, 5.11.92)

Das Zeitungswesen befindet sich in einer ähnlichen Lage. Auf einem Forum vor Zeitungsleuten aus Beijing sprach der Direktor der Abteilung Zeitungswesen der Staatlichen Presse- und Publikationsbehörde zum Thema "Reform und Verwaltung der Zeitungen unter den Bedingungen der sozialistischen Marktwirtschaft". Er verwies auf die enorme Entwicklung des Zeitungswesens seit Beginn der Reformpolitik: Von 186 Zeitungen, die es 1978

in ganz China gab, sei deren Zahl auf heute 1.755 angestiegen. Auch in bezug auf Inhalt, Struktur und Funktion hätten sich die Zeitungen sehr gewandelt. So sei die direkte Kontrolle durch die Parteikomitees abgeschafft und die Parteileitung vom Management getrennt worden. Unter den Bedingungen der Marktwirtschaft, so fuhr der Direktor fort, könne nicht mehr wie in der Vergangenheit verfahren werden, d.h. Zeitungen könnten nicht mehr vom Staat finanziert und vom Staat gekauft werden, und sie könnten nicht mehr, ungeachtet ihrer Qualität, alle überleben. Die Zeitungen müßten Verwaltungsstrukturen entwickeln, die der Marktwirtschaft entsprächen; sie müßten sich systematisch kommerzialisieren. Zugleich aber müßten sie die Grundlinie der Partei vertreten. (Gongren Ribao, 17.11.92, nach SWB, 23.11.92)

Sowohl für die Buchverlage als auch für die Zeitungsverlage kommt es also darauf an, den Absatz zu steigern, um kostendeckend zu arbeiten, und zugleich die Qualität ihrer Druckerzeugnisse im Sinne der Vorgaben durch die Partei zu wahren. -st-

*(25)

Volkszeitung unter den zehn wichtigsten Zeitungen der Welt

In einer Bewertung der UNESCO über den Einfluß der wichtigsten Zeitungen der Welt erhielt die Beijinger Volkszeitung (*Renmin Ribao*) Platz Nr. 6 unter den zehn größten Zeitungen der Welt. Vor der Volkszeitung rangieren dieser Bewertung zufolge die *New York Times*, *Neue Zürcher Zeitung*, *Le Monde*, *Times*, *Guardian*, danach kommen *Welt*, *El Pais*, *Washington Post*, *Prawda*. (RMRB, 18.11.92) -st-

*(26)

Wang Meng fordert größere Öffnung für Literatur

Der Schriftsteller und ehemalige Kulturminister Wang Meng hat kürzlich für eine weitere Öffnung auf dem Gebiet der Literatur plädiert. Dabei machte er darauf aufmerksam, daß viele verbotene literarische Werke mit Sicherheit ein breites Leserpublikum finden würden, während "eine gewisse Zeitschrift" (gemeint ist wahrscheinlich die Literaturzeitschrift "Volksliteratur",

deren liberaler Chefredakteur 1987 während Wangs Amtszeit als Kulturminister auf Betreiben orthodoxer Kulturpolitiker abgesetzt wurde), die un- zweifelhaft sozialistischen, marxistischen und revolutionären Inhalt habe, ungelesen bliebe. Was sei sozialistische Literatur wert, wenn sie keine Leser finde, fragt Wang Meng. Er kritisiert, daß die chinesische Literatur in der Vergangenheit allein vom Klassenkampf gehandelt habe; dieser sei in seiner Bedeutung übertrieben und das komplizierte Leben simplifiziert worden. Die Literatur, so fordert er, müsse farbiger und feiner werden und mehr auf die Bedürfnisse der Menschen nach geistiger Nahrung und Metaphysik eingehen. (XNA, 4.11.92) Wang Meng hat sich in jüngster Zeit mehrfach für eine Liberalisierung des Kulturlebens eingesetzt (vgl. C.a., 1992/10, Ü 27). -st-

Durch die mit Beginn der Reformperiode eingeleitete Strukturreform im Kulturbetrieb ist das Theater darauf angewiesen, sich durch seine Programme weitgehend selbst zu finanzieren. Hinzu kommt die Konkurrenz durch das Fernsehen, die die Besucherzahlen sinken läßt. Die Förderung der Peking-Oper mit maßgeblicher Beteiligung des Staates ist vor dem Hintergrund der Aufwertung der traditionellen chinesischen Kultur zu sehen, für die sich insbesondere konservativ-orthodoxe Kreise einsetzen, die die traditionelle Kultur in erster Linie für die Steigerung des Patriotismus im weitesten Sinne instrumentalisieren. -st-

Gute Chancen für die deutsche Industrie nach Aufhebung der Sanktionen sieht auch Heinrich Weiss, Vorstandschef der SMS Schloemann-Siemag AG und Vorsitzender des Arbeitskreises China im Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft. Weiss, der im November d.J. eine erneute Informationsreise in China durchführte, hatte auch Gelegenheit, mit dem vor allem für wirtschaftliche Frage zuständigen stellvertretenden Ministerpräsidenten Zhu Rongji zu sprechen. Nach Einschätzungen von Weiss könne die Bundesrepublik Deutschland durch Aufhebung der Wirtschaftssanktionen verlorene Marktanteile in China durchaus wieder zurückgewinnen. Hierbei sei aufgrund des hohen Kostenniveaus in Deutschland die Gründung von Gemeinschaftsunternehmen mit chinesischen Partnern stärker als bisher zu berücksichtigen. (HB, 19.11.92)

Außenwirtschaft

*(27)

Stiftung zur Förderung der Peking-Oper

In China wurde im November 1992 eine Stiftung zur Wiederbelebung der Peking-Oper gegründet. Das Stiftungskapital beträgt 30 Mio. Yuan; davon kommen 10 Mio. vom Kulturministerium, der Rest aus in- und ausländischen Spenden. Der Stiftungsfonds erbringt im Jahr 2 Mio. Yuan Zinsen. Von dem Geld sollen wertvolle historische Zeugnisse bewahrt, Peking-Opern inszeniert und hervorragende Künstler ausgezeichnet werden. Auf der Gründungsfeier begrüßte Li Ruihuan, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros, die Gründung der Stiftung und bezeichnete die Peking-Oper als nationalen Schatz. Die Kunst müsse sich auch unter den neuen historischen Bedingungen weiterentwickeln und dürfe nicht vergehen. Er wies auf die Schwierigkeiten, insbesondere auf die finanziellen, hin, mit denen die Oper derzeit zu kämpfen habe; diese könnten nur durch gemeinsame Anstrengungen überwunden werden. Zugleich äußerte Li die Vermutung, daß eine Wiederbelebung der Peking-Oper auch zu einem Aufschwung anderer traditioneller Operntypen führen könne.

Zur Zeit soll es 120 Peking-Oper-Ensembles mit 12.000 Künstlern geben. Die Zahlen, so heißt es, hätten sich seit Ende der siebziger Jahre halbiert. Als Gründe werden finanzielle Probleme und schwindende Besucherzahlen genannt. (RMRB, XNA, 24.11.92)

*(28)

Kinkel-Besuch unterstreicht Bedeutung Chinas als Wirtschaftspartner

Bundesaußenminister Klaus Kinkel hat sich bei seinem China-Besuch Ende Oktober/Anfang November d.J. für eine Normalisierung der Beziehungen ausgesprochen. Chinas Bedeutung in der Weltwirtschaft habe stetig zugenommen, und für die Bundesrepublik Deutschland sei China ein wichtiger Wirtschaftspartner. Gleichzeitig betonte Kinkel das Interesse der deutschen Wirtschaft am Ausbau der außenwirtschaftlichen Beziehungen, insbesondere den Ausgleich der bilateralen Handelsbilanz, die in den letzten Jahren zunehmend negativ für Deutschland ausgefallen sei. Durch eine Lockerung der Importkontrollen beispielsweise würden auch für deutsche Exporte größere Chancen auf dem chinesischen Markt bestehen. (HB, 3.11.92; SWB, 2.11.92)

Die von Kinkel bereits in Aussicht gestellte Aufhebung der bisher nur zeitlich ausgesetzten Sanktionen erfolgte durch einen Bundestagsbeschuß am 10.12.92. Damit ist eine Normalisierung der außenpolitischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten verbunden. In der Bundestagsresolution wird betont, daß die Normalisierung die Öffnung und wirtschaftliche Liberalisierung und die stärkere Integration Chinas in die internationale Gemeinschaft fördern soll. (FAZ, 11.12.92)

Das Engagement deutscher Unternehmen in China hat sich in den letzten Monaten weiter deutlich verstärkt. So vereinbarte die Schlafhorst AG & Co, bekannt als weltweit größter Hersteller von Spinnereimaschinen, mit dem chinesischen Unternehmen Shanghai Erfangji Co. Ltd. eine langfristige Kooperation über den Bau von Spulautomaten. Die Shanghai Erfangji zählt zu den größten Textilmaschinenherstellern und erreichte 1991 einen Umsatz von 90 Mio. US\$. Das Unternehmen wurde 1991 eine Aktiengesellschaft und gehört zu den ertragreichsten privat geführten Betrieben in China. (XNA, 25.11.92; FAZ, 28.10.92)

Weiterhin gründeten die Henkel KGaA, Düsseldorf, und die Tianjin Synthetic Detergent Factory (TSDF), Tianjin, ein Gemeinschaftsunternehmen zur Herstellung von Waschmitteln. Am Joint Venture, der Tianjin Henkel Detergents and Cleaning Products Co Ltd, sind der chinesische Partner mit 70%, die Firma Henkel mit 20% und die Deutsche Entwicklungsgesellschaft mit 10% beteiligt. Von der TSDF wird berichtet, daß sie in China einen Marktanteil von rund 7% aufweist. Die derzeitige Jahreskapazität von 85.000 t Universalwaschmittel der TSDF soll durch das Joint Venture auf 140.000 t erhöht werden. (NfA, 30.11.92)

Im Oktober 1992 wurde in Beijing außerdem nach dreijähriger Bauzeit das Kempinski Hotel Beijing Lufthansa Center (BLC) eröffnet. Für dieses Hotel- und Kongreßzentrum wird ein